sehen den Staaten und den Rechtsordnungen nicht verwischt, sondern die Souveränität sowie die Besonderheiten des Rechts eines jeden Staates berücksichtigt³⁴.

Die in den RHV enthaltenen Kollisionsnormen erstrecken sich auf die Fragen der Geschäftsfähigkeit, auf das Recht der Eheschließung, der persönlichen und vermögensrechtlichen Beziehungen der Ehegatten, der Ehescheidung und der Nichtigkeitserklärung der Ehe, auf Verschollenheit und Todeserklärung, auf die Rechtsverhältnisse zwischen Eltern und Kindern, auf die Einleitung und Führung von Vormundschaften und Pfllegschaften, die Annahme an Kindesstatt, die Erbfolge und die Errichtung von Testamenten³⁵. Überwiegend wird hierbei der Grundsatz angewendet, daß für die Rechtsverhältnisse der Bürger das Recht des Staates gilt, dessen Angehörige sie sind oder der Erblasser im Zeitpunkt des Todes gewesen ist, so in der Frage der Handlungsfähigkeit, der Todeserklärung eines Verschollenen, der Entscheidung über die Abstammung eines Kindes und für die Rechtsverhältnisse zwischen Kindern und Eltern, für die Annahme an Kindesstatt und ihre Aufhebung sowie für die Erbfolge und die Errichtung einer Verfügung von Todeswegen. An den Wohnsitz wird die Bestimmung des anzuwendenden Rechts nur in den Fällen angeknüpft, in denen die Anwendung des Staatsangehörigkeitsprinzips eine klare Entscheidung nicht ermöglichen würde, so besonders in den Fällen der Ehescheidung, wenn die Ehegatten verschiedene Staatsangehörigkeit besitzen und entweder auf dem Gebiet desselben Vertragspartners oder einer von ihnen auf dem Gebiet des einen und der andere auf dem Gebiet des anderen Vertragspartners wohnen³⁶. Die Bestätigung wesentlicher Regeln des internationalen Privatrechts durch die Festlegung in den Rechtshilfeverträgen, insbesondere auch in dem Vertrag mit der UdSSR, stellt eine Fortentwicklung dieses Rechtsgebiets gemäß den sozialistischen Rechtsanschauungen dar, der eine besondere Bedeutung zukommt und der eine spezielle wissenschaftliche Untersuchung gewidmet werden sollte.

Bei der Anwendung und Durchführung der RHV müssen die Gerichte sich mit den Vertragsbestimmungen des internationalen Privatrechts ebenso gründlich wie mit dem gesamten Inhalt der Verträge vertraut machen. Nurdann ist es möglich, der politischen und rechtlichen Bedeutung dieser Verträge für die Festigung des sozialistischen Lagers gerecht zu werden und sie durchweg im Geiste der internationalen Solidarität und im Sinne der sozialistischen Gesetzmäßigkeit anzuwenden.

Die innerstaatliche Geltung der Rechtshilfeverträge

Die RHV haben als internationale Abkommen zwischen zwei Staaten, wie dargelegt, eine große völkerrechtliche und politische Bedeutung. Ihr Abschluß fällt unter diesem Gesichtspunkt in das Gebiet der auswärtigen Beziehungen. Auf der anderen Seite entsteht auf Grund der RHV innerstaatliches Recht, denn sie werden von den Volksvertretungen oder den sonst verfassungsmäßig zuständigen obersten Organen der beteiligten Staaten in der für den Erlaß von Gesetzen

vorgeschriebenen Form bestätigt und erlangen infolgedessen nach ihrer Ratifizierung und Verkündung Gesetzeskraft. Diese Doppelseitigkeit der RHV kommt auch darin zum Ausdruck, daß bei den Verhandlungen teils ein Vertreter des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, teils ein Vertreter des Ministeriums der Justiz die Leitung gehabt und die betreffenden Minister die Verträge unterzeichnet haben; in jedem Fall aber sind an den Verhandlungen Vertreter beider Ministerien beteiligt gewesen.

Nach den Grundsätzen des Völkerrechts besteht zwischen souveränen Staaten keine Rechtspflicht zur Gewährung von Rechtshilfe, solange nicht entsprechende Staatsverträge abgeschlossen worden sind. Das ist auch in der bürgerlichen Rechtswissenschaft anerkannt³⁷. Denn die Gewährung von Rechtshilfe auf Ersuchen der Justizorgane eines anderen Staates bedeutet die Ausdehnung der Justizhoheit des ersuchenden Staates über sein Staatsgebiet hinaus. Das hindert nicht, daß faktisch Rechtshilfe geleistet wird, und dies ist auch nicht von der Verbürgung der Gegenseitigkeit abhängig.

Die vertraglich übernommene völkerrechtliche Verpflichtung zur Einhaltung und Durchführung der RHV einerseits und ihre Bestätigung durch einen Akt der innerstaatlichen Gesetzgebung andererseits bilden zusammen die rechtliche Grundlage dafür, daß die RHV mit gleicher Rechtswirkung und, soweit sie eine vom innerstaatlichen Recht abweichende Sonderregelung enthalten, mit Vorrang vor dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartner angewendet werden. Hierin erweist sich zugleich die Einheit der Staatsgewalt und die Einheit zwischen Innen- und Außenpolitik der sozialistischen Staaten auf dem Gebiete des Rechts, wobei auch der Grundsatz der Vertragstreue als allgemein anerkannte Regel des Völkerrechts gem. Art. 5 der Verfassung die Staatsgewalt und jeden Bürger bindet Voraussetzung und Grundlage für die innerstaatliche Rechtswirkung der RHV ist die Bestätigung durch die Volksvertretung oder das sonstige in der Verfassung vorgesehene Organ. Deshalb bedürfen "in der DDR nach Art. 88 Abs. 3 der Verfassung solche Staatsverträge, die sich auf Gegenstände der Gesetzgebung der DDR beziehen, der Verkündung durch Gesetz. Erst durch diese Promulgation wird ein internationaler Vertrag für die staatlichen Organe und die Bürger der beteiligten Staaten verbindlich. Die Staaten selbst allerdings sind durch den abgeschlossenen Vertrag völkerrechtlich gebunden; diese Wirkung ist unabhängig davon, ob der Vertrag in das innerstaatliche Recht eingeführt wird oder nicht.

Bei Staaten des sozialistischen Lagers, die fest auf dem Grundsatz der genauen Einhaltung internationaler Verpflichtungen stehen, kann die innerstaatliche Durchführung zwischenstaatlicher Verträge keine Widersprüche hervorrufen. Außerdem wird ihre Einführung in das innerstaatliche Recht dadurch erleichtert, daß die Prinzipien des sozialistischen Rechts der Vertragspartner im wesentlichen übereinstimmen. Die innerstaatliche Durchführung der Rechtshilfeverträge sowie in Zweifelsfällen die Entscheidung über die Zulässigkeit der Rechtshilfe ist grundsätzlich Angelegenheit der Justizverwaltung. Über die ausnahmsweise vorgesehene Ablehnung eines Rechtshilfeersuchens entscheidet daher, wie in allen RHV vorgesehen ist, der Minister der Justiz³⁸. Die innerstaatliche Anwendung der RHV durch die Justizorgane ist in der DDR durch Rundverfügungen des Ministers der Justiz geregelt³⁹. Im Rechtshilfeverkehr wirken außer den Organen der Justiz auch andere staatliche Organe wie z. B. die Referate Jugendhilfe—Heimerziehung und die Standesämter mit. Der Anleitung und Kontrolle des MdJ untersteht die Durchführung der RHV natürlich nur insoweit, als die Gerichte und staatlichen

³⁷ vgl. z. B. Riezler, Internationales Zivilprozessrecht, Berlin 1949, S. 674.

³⁸ vgl. RHV mit CSR, Polen, UdSSR, Bulgarien Art. 14, Ungarn Art. 13, Rumänien Art. 15; vgl. dazu auch RV Nr. 9/56 unter III, 2 c und d; vgl. auch Art. 4, 11 Abs. 3 des Haager Abkommens über den Zivilprozeß.

³⁹ vgl. die zur Durchführung der bisher in Kraft getretenen RHV ergangenen Rundverfügungen Nr. 9/56 (VuM 1956 Nr. 5), Nr. 9/57 (VuM 1957 Nr. 9/10), Nr. 8/58 und Nr. 9/58 (VuM 1958 Nr. 6).

³⁴ vgl. Dvofák, KID 1958 Sp. 147/48.

³⁵ vgl. über Geschäftsfähigkeit:

CSR Art. 25, Ungarn Art. 24, Bulgarien Art. 21, Rumänien Art. 21; nicht im RHV mit Polen und UdSSR enthalten.

Form der Eheschließung: Polen Art. 21, Ungarn Art. 26, UdSSR Art. 21, Bulgarien und Rumänien Art. 22.

Beziehungen der Ehegatten: Polen Art. 22, Ungarn Art. 27, UdSSR Art. 22, Bulgarien und Rumänien Art. 23.

Ehescheidung: nur Polen Art. 23, 24, Ungarn Art. 28, 29, UdSSR Art. 23, Bulgarien und Rumänien Art. 24, 25.

Todeserklärung: CSR Art. 26 Abs. 3, Polen, Ungarn Art. 25 und UdSSR Art. 24, Bulgarien Art. 26, Rumänien Art. 29.

Eltern und Kinder: CSR Art. 28, 29, Polen Art. 26, 27, Ungarn Art. 30, UdSSR, Art. 25, 26, Bulgarien Art. 27, 28, Rumänien Art. 26.

Vormundschaft: CSR Art. 31, Polen Art. 30, Ungarn Art. 34, UdSSR Art. 28, Bulgarien und Rumänien Art. 30.

Adoption: Polen, Ungarn, Bulgarien und Rumänien Art. 33, UdSSR Art. 31.

Erbfolge: CSR Art. 39, 40, Polen Art. 41, A1, Ungarn Art. 44, 45, UdSSR Art. 34, Bulgarien Art. 41, Rumänien Art. 36.

Testamentserrichtung: CSR Art. 42, Polen Art. 44, Ungarn Art. 47, UdSSR Art. 36, Bulgarien Art. 43, Rumänien Art. 38.

³⁶ Vgl. RHV mit Polen Art. 23 Abs. 2, Ungarn Art. 28 Abs. 2, UdSSR Art. 23 Abs. 2, Bulgarien und Rumänien Art. 24 Abs. 2.